

Herausforderungen für Kommunistinnen und Kommunisten in Zeiten zunehmender Rechtsentwicklung.

Referat von Ulrich Sander bei der "Bergischen Kaffeetafel", eines losen Zusammenschlusses von Einzelpersonen im Bergischen Land, im Naturfreundehaus Solingen am 26. 01. 19

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte zunächst **das abgelaufene Jahr zu bilanzieren**. Und zwar, indem eine Darstellung der beiden Bundesvorsitzenden der VVN-BdA zu Grund gelegt wird:

Auch 2018 war ein Jahr rechter Wahl-Triumphe: Mit Italien sind Faschisten an einer weiteren Regierung beteiligt, in Ungarn wurde Orban wiedergewählt und nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern sitzt die AfD nun in allen deutschen Parlamente. Selbst in Schweden wurde eine rechte Partei zur drittstärksten Kraft und mit Bolsonaro hat in Brasilien ein Kandidat gewonnen, der nicht weniger als die Rückkehr zur mörderischen Diktatur versprach.

In mehreren deutschen Bundesländern wurden neue Polizeigesetze auf den Weg gebracht (in Bayern und NRW traten sie in Kraft), die z. B. in Bayern polizeiliche Befugnisse erweitern, „präventive“ Maßnahmen bis hin zur Haft ermöglichen und statt einer konkreten eine „drohende“ Gefahr zur Voraussetzung solcher Maßnahmen machen. Regelmäßige Aufmärsche von Nazis wie dem „III. Weg“ in Pirna oder die „Rechte“ in Dortmund sind da nicht gemeint, schließlich hat das Bundesverfassungsgericht mit dem NPD-Urteil ja festgestellt, dass von Parteien in der Tradition der NSDAP keine Gefahr ausgeht, solange sie keine Wahlen gewinnen“. Die VVN-BdA stellt weiter fest: „Europaweit wird Seenotrettung kriminalisiert, Schiffe der Hilfsorganisationen werden beschlagnahmt, für Gerettete finden die Crews meist erst nach wochenlanger Odyssee Aufnahme in einem Hafen. Die europäischen Außengrenzen werden inzwischen auch südlich der Sahara unter FRONTEX-Führung gesichert, die Staaten aus dem EU-Etat zur Armutsbekämpfung militärisch und polizeilich „ertüchtigt“, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu übernehmen.

Die Bundesregierung verfolgt weiterhin gewaltige Aufrüstungspläne, um das in der NATO vereinbarte 2 %-Ziel zu erreichen, arbeitet parallel auf die Militarisierung der EU durch eine eigene Armee hin und wo man sich im öffentlichen Raum bewegt, ist man mit Werbung für's Töten und Sterben konfrontiert

Auch die Militarisierung im Innern darf nicht übersehen werden. Deutschlands Neue Rechte bleibt ihren Nazi-Traditionen treu, wie die Enthüllungen über ein mutmaßliches umfassendes Nazi-Netzwerk in Teilen des Staatsapparates und der Armee beweisen. Laut einem Bericht von Focus ermittelt das Bundeskriminalamt gegen eine informelle „Killertruppe“, die sich hauptsächlich aus deutschen Elitesoldaten und Polizisten in und außerhalb der Staatsstrukturen gebildet habe.

Den Kern der mehrere Hundert Mitglieder umfassenden Verschwörergruppe sollen Elitekämpfer des Kommandos Spezialkräfte KSK bilden. Getreu ihrem Vorläufer, die „Schwarze Reichswehr“ (Focus), habe sie letztendlich die Errichtung einer faschistischen Diktatur in der Bundesrepublik in Vorbereitung. Es geht um generalstabsmäßig geplanten Massenmord an politischen Gegnern. Angetrieben durch einen „abgrundtiefen Hass“ auf Linke und Flüchtlinge seien Listen mit Lichtbildern und Adressen von Zielpersonen angelegt worden, die festgenommen, an einen bestimmten Ort gebracht und dort ermordet werden sollten.

Das ist aus antifaschistischer Sicht eine ziemlich miese Bilanz und leider wissen wir, es könnte im Jahr 2019 so weitergehen.

Allerdings war 2018 auch das Jahr der Massenproteste. Hunderttausende haben waren auf den Straßen, z. B. in München gegen das Polizeiaufgabengesetz, in Berlin gegen den AfD-Aufmarsch, den ganzen Sommer über „Seebrücken“-Demos in etlichen Städten, an vielen Orten im hessischen Wahlkampf, im Hambacher Forst, bei We'll Come United in Hamburg und schließlich #unteilbar in Berlin. Gewerkschaften, Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen, der Paritätische Wohlfahrtsverband und organisierte Linke, Omas gegen Rechts und Club-Szene, alle möglichen Organisationen und zehntausende Menschen, die zum ersten Mal im Leben das Gefühl hatten, dass sie sich in Bewegung setzen müssen.

Fazit:

Das macht Mut und gibt Kraft für die kommenden Auseinandersetzungen. Von zentraler Bedeutung werden in diesem Jahr die anstehenden Wahlkämpfe sein: zur Europawahl im Mai und zu den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst 2019. Vor allem in Sachsen, wo die AfD zur stärksten Partei werden könnte, ist es dringend erforderlich, die Antifaschist/innen dort tatkräftig zu unterstützen. Die VVN-BdA fordert jetzt schon dazu auf, im Sommer ein Wochenende mit unseren Leuten im sächsischen Wahlkampf zu verbringen. Da muss „Unsere Alternative heißt Solidarität“ ganz praktisch werden! Wir werden gemeinsam mit vielen Partnerorganisationen und Bündnissen in Europa aktiv werden. „Aufstehen gegen Rassismus“ wird weiteres Massenmaterial produzieren, das wie immer uns über unser Bundesbüro bestellt werden kann.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mir wurde das Thema gestellt: Herausforderungen für Kommunistinnen und Kommunisten in Zeiten zunehmender Rechtsentwicklung.

Worin besteht diese Herausforderung?

Der Verfassungsschutz behauptet bundesweit seit Jahren – und richtet sich dabei nach dem VS Bayern – wir alle seien Anhänger der „kommunistischen Faschismustheorie“, die den Faschismus nur als eine Stufe des Kapitalismus ansehe, der wiederum zwangsläufig in den Faschismus führe. Also auch die Demokratie des Grundgesetzes werde von uns bekämpft, weil diese nur eine Vorform des Faschismus sei. Das weisen wir zurück. Jedoch:

Kapitalismus führte in Deutschland zum Faschismus, er muss aber nicht dorthin führen, so sagen wir. *„Es ist geschehen – folglich kann es wieder geschehen“ (Primo Levi)* Und Levi fügte hinzu: *„Jedes Zeitalter hat seinen eigenen Faschismus“*. Es lauern also Gefahren.

Was ist zu tun im Kampf gegen die Rechtsentwicklung? Kurz und knapp, aber treffend äußerte sich kürzlich die Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform (KPF in der LINKEN): *„Sie vertritt einen strikt antikapitalistischen Antifaschismus und setzt sich zugleich für breite Anti-Nazi-Bündnisse ein.“ (Beschlossen auf Bundeskonferenz am 8.12.18)*

Etwas ausführlicher und nicht so klar äußert sich der beschlossene Leitantrag des DKP-Parteitages 2018:

Einerseits heißt es darin: „Der Faschismus ist eben nicht nur ein Feind der revolutionären Arbeiterbewegung, sondern strebt auch die Liquidierung der Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie an, die die revolutionäre Arbeiterbewegung „wie die Luft zum Atmen“ braucht (Friedrich Engels) und verteidigen muss. Daraus erwachsen Bündnismöglichkeiten die im Rahmen der antimonopolistischen Orientierung der DKP einen nicht unbedeutenden Platz einnehmen.“ Also ist der antifaschistische Kampf vor allem ein Kampf im Bündnis?! Andererseits heißt es in dem Beschluss des Parteitages: „Maßstab für den Erfolg unserer antifaschistischen Bündnisstrategie ist dabei der Grad der Zurückdrängung des Einflusses rechter Ideologie und Organisationen unter den Werktätigen durch die Mobilisierung für ihre eigenen Interessen gegen das Kapital.“ Also entscheidet sich doch alles nur um Klassenkampf?

Georg Fülberth stellt in einer Schrift der VVN-BdA klar - dies entgegen dem Verfassungsschutz und auch einigen Leuten in der DKP:

„Wer meint, gegen Faschismus könne nur gekämpft werden, wenn zugleich DER Kapitalismus beseitigt werde, verurteilt sich gegenwärtig, da der Kapitalismus nahezu weltweit gesiegt hat, zum Nichtstun. Dann wäre aktueller Antifaschismus nur eine Sache z. B. von Bürgerlichen und Christen, die das Nötige gegen Faschismus zu tun versuchen, auch wenn dadurch der Kapitalismus nicht verschwindet. Den Antikapitalisten bliebe da ausschließlich Däumchen-drehen.

Eine solche Haltung wäre sektiererisch. So verhielt sich leider lange Zeit bis 1933 die KPD, die meinte, es gebe nur noch die Alternative zwischen Faschismus und Sozialismus, und wer in einer solchen Situation an der Verteidigung der bürgerlichen Republik festhalte, wie z. B. die SPD, fördere objektiv den Faschismus, der nur durch die sozialistische Revolution – ‚Räte-Deutschland‘ - zu verhindern sei. Dadurch wurde die Zusammenarbeit mit bürgerlichen und sozialdemokratischen Antifaschistinnen und Antifaschisten unmöglich.“

Die Korrektur dieser falschen Position geht auf den VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale von 1935 zurück, die Fehler revidierte, die einige Leute noch heute machen. Georgij Dimitroff formulierte damals so: „Der Faschismus an der Macht, [an der Macht und nicht in der Bewegung] ist [...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“

Hier wird die offene Gewaltherrschaft, der Terror, stark betont, ebenso der Nationalismus in seiner schärfsten Form: Chauvinismus, und außenpolitische Aggressivität: Imperialismus. Faschismus ist also eine Form kapitalistischer Herrschaft unter anderen. Daneben gibt es liberalen, konservativen, auch demokratischen Kapitalismus, also Formen bürgerlicher Herrschaft, in denen das Kapital nicht terroristisch, chauvinistisch und außenpolitisch aggressiv herrscht. Das sind dann kleinere Übel.

Dimitroff war der Ansicht, alle nichtfaschistischen Kräfte, nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten, Christen, Liberale, ja Konservative könnten und müssten ein Bündnis schließen gegen die alleräußerste Rechte, die Faschisten.

Diese Rolle reaktionärer und faschistischer Bewegungen darf gleichzeitig nicht darüber hinwegtäuschen, dass „vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsstapen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsstapen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.“ (Georgij Dimitroff; zitiert im Leitartikel)

Was ist noch zur Herausforderung zu sagen?

Vor gut zwei Jahren begründete der DKP-Vorsitzende den Plan, bei den Landtagswahlen in NRW und bei der Bundestagswahl als DKP mit Listen anzutreten. Er sagte:

„Aus unserer Sicht stehen wir zwar vor der Gefahr eines Rechtsschwenks der Republik, aber unterhalb der Qualität einer faschistischen Entwicklung. Wäre dies anders, müssten wir auch bei den Wahlen alles dem Ziel des Stopps unterordnen.“ (Patrik Köbele lt. UZ 23. Sept. 16).

Etwas zwei Jahre später haben wir diese Lage – und die Qualität der Rechtsentwicklung hatte sich erheblich weiterentwickelt und sie hat sich ausgeweitet. Die Kanzlerin der Willkommenskultur ist ohne Parteibasis, die Führung der Opposition ging an Profaschisten. Dies im Bund wie im Land NRW. Die Mehrheit links von der Union ist dahin. Die Mahnung von Antifaschisten, alles nur Mögliche gegen die Rechtsentwicklung zu unternehmen und die Kräfte links von der Mitte zu bündeln, blieb oft ungehört. Auch seitens unserer Partei. Patrik Köbele hat seine Einschätzung vom Herbst 2016 nicht korrigiert.

Im Herbst 2016 veröffentlichte Falk Mikosch in der UZ eine Gastkolumne, die er mit dem Zitat von Patrik Köbele einleitete, und er antwortete: Ja, es geht hier und heute um den Stopp der Rechtsentwicklung. Die Rechten dürfen nicht durchkommen! Es gehe um den Weg zur Beseitigung der Demokratie und zur globalen Kriegsführung oder um den Stopp dieser Entwicklung. In dieser entscheidenden Frage sollten alle Antifaschisten gemeinsam handeln. Mikosch:

„Wo stehen wir? Derzeit liegen die Nazis und die Rechtsextremen (NPD plus AfD) bei ca. 14 Prozent bundesweit. Die Willkommenskultur ist nach wie vor stark, liegt bei 40 Prozent. Erstmals aber werden die rund 20 Prozent der Bevölkerung, denen seit langem ein festes rechtsextremes Weltbild in Umfragen nachgewiesen wurde, nunmehr bei Wahlen in Wahlergebnissen sichtbar, - zum Teil sogar in Manifestationen auf der Straße. Und schließlich auch in steigenden Zahlen rechter Gewalt.“

Zum Ernst der Lage und zur Notwendigkeit breiter Bündnisse noch dies: Erich Kästner hat 1958 in Hamburg anlässlich des 25. Jahrestages der Bücherverbrennung eine Rede gehalten, in der es heißt: »Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. (...) Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, ehe sie die Macht übernommen haben.«

60 Jahre nach Kästner stellt Werner Seppmann am 12.01.19 in der "Jungen Welt" fest: „In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass der Aufstieg der NSDAP seinerzeit wesentlich langsamer verlief (als heute der der AfD). Ihr Stimmenanteil bei der Reichstagswahl 1928 (also vor der Weltwirtschaftskrise) betrug 2,6 Prozent. Vier Jahre später lag sie bei den Reichstagswahlen 1932 knapp unter 38 bzw. 34 Prozent. Die Krise hatte eine beträchtliche Anschubwirkung beim Aufstieg der Hitlerpartei.“

Genossinnen und Genossen!

Spätestens zur Landtagswahl von NRW 2017 hätten wir alles, aber auch alles gegen die Rechtsentwicklung unternehmen müssen. Bündnisse wurden jedoch ausgeschlagen. Die Bewegung „Aufstehen gegen Rassismus“, die dann im Oktober zur größten Demonstration in Berlin seit vielen Jahren führte, zu #unteilbar mit 250.000 Teilnehmern, wurde nicht unterstützt – man nahm zwar an der Demo teil, aber nicht am Bündnis. Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, das #unteilbar mit hervorbrachte, hat inzwischen mit gewerkschaftlicher Unterstützung 7000 Kolleginnen und Kollegen zu Stammtischkämpfer/innen ausgebildet. Ausbildung zum Klassenbewusstsein ist dies und dann ohne uns!? Das Bündnis wurde in der UZ abgelehnt, weil die SPD-, Grünen und Linken-Teile doch zu den Parteien gehören, denen wird den Schlamassel zu verdanken haben, so las man es in der U Z. Also nur Bündnisse mit uns selber? Erinnert das nicht an die Fehler vor 1933, da man die Mitglieder der SPD gewinnen wollte, nicht aber die Organisation dieser Mitglieder?

Heute wie damals waren die Ursachen des Rechtstrends unter Teilen der Massen diese:

- 1) soziale tiefe Not vieler und
- 2) die kulturkämpferischen Auswirkungen eines Rechtspopulismus.

Punkt 2 wird von den starken Bewegungen als Ausgangspunkt der Kämpfe gegen rechts genommen: „Bunt statt braun“ also. Dass jedoch Punkt 1 von Linken eher vernachlässigt wird, liegt auf der Hand - deshalb aber die Bewegungen zu meiden, wäre doch fatal.

Die sozialen Forderungen der DKP sind richtig – aber wir müssen aufhören so zutun, als sei rechte Massenbasis nur fehlgeleitet sozialer Protest. Es entwickeln sich heute Bewegungen wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Hinein in diese Bewegungen! Und in ihnen die klaren sozialen Alternativen, die wir vertreten, deutlich machen, darum geht es.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es sei mir gestattet, doch noch etwas zurückzugehen in der Geschichte. Wenn ich vor Jugendlichen spreche, dann fange ich oft so mit meinen Ausführungen an:

Als ich in Eurem Alter war und 75 Jahre zurückblickte, so wie ihr es heute macht, da blickte ich so ungefähr auf die letzten der 1880er Jahre. Ich weiß bis heute weniger über jenes Jahrzehnt als Ihr heute über das Jahrzehnt der 1940er Jahre wisst, was allerdings auch nicht reicht. Denn 1933-1945 geschahen die Jahrtausendverbrechen, Verbrechen wie es sie nie gab und hoffentlich nie wieder geben wird. Diese Verbrechen zeichneten sich Ende des 19. Jahrhunderts ab.

Die Geburtsstunde der faschistischen Bewegung ist recht genau zu beziffern, es ist der 1. Juli 1890, an dem die Idee zum Alldeutschen Verband entstand. Damals sahen viele nationalistisch gesinnte Kräfte die deutschen Kolonialinteressen nicht zur Genüge vertreten. Die Konzernherren und späteren ersten Förderer Hitlers Emil Kirdorf (1847-1938, Bergbau) und Alfred Hugenberg (1865-1951, Krupp und Medien) gründeten mit anderen den Alldeutschen Verband und gaben ihm ihr Programm. Man verstand sich als sogenannter »Agitationsverband«, der sich zur Aufgabe machte, finanziell und ideologisch auf die Politik Einfluss zu nehmen. Knapp ein Viertel der Mitglieder waren Unternehmer, knapp hundert Verbände gehörten der Vereinigung korporativ an.

Kirdorfs und Hugenbergs Alldeutscher Verband wünschte sich den Ausbau der Kriegsflotte in Hinblick auf eine imperialistische Kolonialexpansion. Für das Deutschtum im Ausland sollte gekämpft werden unter Berücksichtigung des Rassegedankens, und man forderte »die Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde«. Der Alldeutsche Verband entwickelte sich extrem antisemitisch und vertrat ein Deutschtum auf dem Boden des Rassegedankens. Weiterhin forderte man immer wieder die Bekämpfung von Reichsfeinden und Minderheiten. Der Alldeutsche Verband, ist – im Gegensatz zu den meisten Vereinen und Verbänden - nach 1933 von den Nazis weder verboten worden, noch der Gleichschaltung zum Opfer gefallen. Das Verbandsprogramm stammte aus der Feder von Alfred Hugenberg. **Man kann sagen: Mit Hugenbergs Eintritt in die erste Hitlerregierung am 30. Januar 1933 wurde das Verbandsprogramm der Alldeutschen zum faschistischen Regierungsprogramm.**

Schon der Beginn des Weltkriegs ab 1914 sah die Alldeutschen ganz oben auf. Sie verbreiteten Landkarten mit den Kriegszielen des deutschen Imperialismus. Im Septemberprogramm des Reichskanzlers Theobald von Bethmann-Hollweg wurden am 9. September 1915 diese Kriegsziele zu Deutschlands Regierungspolitik. Neben Raub von Territorien wurde folgendes formuliert:

„Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“

Die gesamte Außenpolitik und sämtliche deutsche Kriege danach – heiße und kalte sowie jetzt auch der Wirtschaftskrieg – hatten und haben seitens des kapitalistischen Deutschlands dieselbe Zielrichtung. Heute heißt der von Bethmann-Hollweg genannt Verband „Europäische Union“, und „unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung“ sichert er „die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa“. Ja, die Vorherrschaft überhaupt.

Derzeit wird diese Vorherrschaft jedoch von einigen Ländern in Frage gestellt, die sich durch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nicht gut geführt sehen. Die Flüchtlingspolitik Merkels

von 2016 sehen sie als nachteilig für ihr Land an. Sie wollen sich lieber durch eine „Achse der Willigen: Rom, Wien und Berlin“ vertreten sehen, wobei sie statt Berlin gern München als Achsenmacht sähen – oder gar ein Berlin ohne Merkel. Dieser Achse fühlt sich Horst Seehofer (CSU) verpflichtet. Seine von vielen nicht verstandenen Manöver haben schon lange weniger mit der Abwehr der AfD als mit einer neuen sehr rechtsaußen stehenden „Vorherrschaft“ Deutschlands mit österreichisch-ungarischer Unterstützung zu tun.

Im Leitartikel der Süddeutschen Zeitung vom 3. Juli 2018 stand: „Man kann rätseln, ob Seehofer sich vor den Karren einer Strategie hat spannen lassen, die die CSU in eine andere Partei verwandeln will: in eine, die nicht bayerisch-europäisch, sondern nationalistisch ist. (...) Dazu gehört auch die Antwort auf die Frage, ob der CSU ein Autokrat wie Viktor Orbán wirklich nähersteht als eine Angela Merkel.“ Prantl, der Autor, fragt mit Blick auf die CSU-Anhängerschaft: „Soll sie zuschauen, wie die Führung die Verhältnisse in Deutschland italienisiert?“ Einen Tag später heißt es in der SZ: „Es ist eine Zäsur in der Geschichte Europas, eine von der gefährlichen Sorte. Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird in diesem Frühsommer 2018 sichtbar, wie stark die europäische Rechte geworden ist. Sie wird angeführt von Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Sie wird ideologisch aufgepumpt von Österreichs Populistenkanzler Sebastian Kurz und Rechtsaußenregenten in Italien. Und ihr wird die Tür zur guten Stube der Europäischen Union geöffnet vom deutschen Innenminister Horst Seehofer.“ Dieser habe Angela Merkel eine Kehrtwende in der europäischen Asylpolitik abgepresst. Und warum? „Europa im Frühsommer 2018, das ist der Ort, an dem Sicherheit und enormer Wohlstand nicht mehr freiwillig mit den Ärmsten der Erde geteilt wird.“ Nicht mehr? Noch viel weniger als bisher, muss es wohl lauten.

Dies alles in Zeiten, da sich der Westen, wie wir ihn bisher kannten, auflöst. US-Präsident Donald Trump intrigiert ganz offen gegen Angela Merkel. Er entsendet einen Botschafter nach Berlin, der ganz dreist Anweisungen an die deutschen Konservativen gibt. Er dirigiert direkt über Berlin die reaktionärsten Kräfte in Europa und baut zur Durchsetzung seiner Politik einen Stab auf, dem auch ein CDU-Minister – Herr Spahn - angehört.

Trump eröffnete den Wirtschaftskrieg gegen die EU auch deshalb, um die führende Rolle von Merkel in der EU zu zerstören. Er „droht“ mit dem Abzug von Truppen, wenn Deutschland nicht mehr für die Rüstung tut. Und die Bundesregierung wird ihm folgen. Die NATO wird von Trump nicht in Frage gestellt, sondern er nutzt sie mehr denn je als sein Instrument. Die Behauptungen von Politikern aller Parteien rechts von den Linken, man müsse die EU-Militärpolitik stärken, um ein Faustpfand gegen Trump in der Hand zu haben, sind Demagogie. Europa mit Deutschland an der Spitze will mehr Macht im Weltmaßstab. Das alles ist der Hintergrund der Lage, in der wir handeln.

Werfen wir einen Blick auf die Machtinstrumente des Kapitals. Aber nur andeutungsweise: da sind viele Medien, besonders von Springer; die Industrie- und Arbeitgeberverbände. Übrigens haben sie sich nicht hervorgetan – öffentlich -, um die Rechtsentwicklung zu verstärken. Aber sie sind da und sie üben Macht aus. Noch sind die Monopolkapitalisten nicht „die Macht, die als einzige ein objektives Interesse am Faschismus hat“, wie Jürgen Lloyd fälschlich in seinem „Berliner Referat“ vom Mai 2016 behauptet. Das Großkapital herrscht möglichst ohne Faschismus, jedoch es greift danach, wenn sonst keine Möglichkeit besteht, zu herrschen.

Allerdings gibt es auch andere Institutionen des Kapitals, die bestimmend sind, und zwar internationale. Solche Einrichtungen wie die Atlantik Brücke – einer der Chefs ist Friedrich Merz, hinter dem wieder Wolfgang Schäuble steht! – wurden schon zu Zeiten des Kriegsendes konzipiert. Werfen wir nochmals einen Blick zurück:

Wie bei der Errichtung der Nazidiktatur war auch an ihrem Ende die Großindustrie nicht untätig. Das 20.-Juli-Attentat gegen Hitler war gescheitert. Die verbleibenden neun Monate bis zur Befreiung am 8. Mai waren angefüllt mit beispiellosem Terror gegen die in- und ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, denen die Nazis einen Aufstand zutrauten. Andererseits

gab es eine Außenpolitik des Faschismus. Die führenden Nazis – vielleicht Hitler ausgenommen – konnten sich nicht vorstellen, dass die westlichen Alliierten es zulassen würden, den Bolschewismus zum Herrscher Deutschlands zu machen. Sie bauten auf einen Wechsel der Fronten: die restliche Wehrmacht gemeinsam mit den US- und britischen Truppen gegen den Feind im Osten. Bekanntlich wurde daraus nichts. Interessant ist es aber dennoch, eine Aktivität der Großkonzerne sich genauer anzusehen, die unter den Augen der westlichen Alliierten stattfand.

Vertreter der SS und des Himmler-Freundeskreises der Wehrwirtschaftsführer unternahmen Anstrengungen, um Einfluss auf die Entwicklung hin zum Kriegsende zu nehmen. Konservative Politiker und Manager, die keine systemverändernden Aktivitäten erwarten ließen, wurden nicht nur geschont, sie konnten auch ihre Nachkriegspolitik konzipieren. Schon am 10. August 1944 – das Datum wird viel zu wenig beachtet - gleichzeitig mit dem Beginn der Kriegsendverbrechen mit mindestens 700.000 Toten - fand laut US-Geheimdienstberichten im Straßburger Hotel Maison ein Geheimtreffen von Vertretern der SS und großer Konzerne statt. Repräsentanten des "Freundeskreises SS" aus Firmen wie Krupp, IG Farben, Messerschmidt, Siemens, Daimler Benz, AEG, Flick AG, Dr. Oetker, Wintershall (Quandt) und Bosch schufen einen Fonds, der das Überleben der deutschen multinationalen Unternehmen wie auch vieler SS Führer sichern sollte. Gestapo Müller beispielsweise wurde aufgrund dieser Verabredung im Ausland versteckt und nie gefasst. Und nicht nur die genannten Unternehmen, auch das von ihnen repräsentierte Wirtschaftssystem überlebte.

Die Wirtschaftsführer wurden in jenen Wochen und Monaten von der SS geschont und geschützt. Mit ihnen diskutierte man sogar ein Thema, das anzuschneiden für alle übrigen Deutschen den Kopf kostete: Wie soll es weitergehen nach dem verlorenen Krieg? Oder: Wie arrangieren wir uns mit dem Westen jetzt oder später?

An der Beantwortung dieser Frage hatte man bereits seit der Stalingrad-Wende im Krieg gegen die Sowjetunion gearbeitet. Experten der Wirtschaftspolitik. Wilhelm Zangen, Chef von Mannesmann und der "Reichsgruppe Industrie", erörterten sie mit SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, der sowohl Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium als auch Chef des Sicherheitsdienstes Inland der SS war. Es ging um den Fortbestand des Kapitalismus und um die Wiedererlangung der Vormacht Deutschlands in Europa. Die "Reichsgruppe Industrie" hatte ein "Institut für Industrieforschung" geschaffen, dem der spätere westdeutsche Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard vorstand, In Erhards Denkschriften für Zangen und Ohlendorf, die er diesen auch mündlich erläuterte, ging es um die "Aufrechterhaltung der sozialwirtschaftlichen Ordnung".

Eine Analyse des Zusammenspiels US-amerikanischer Geheimdienstleute in der Schweiz mit der SS ergibt: Man war nicht der Meinung, dass es eine „bedingungslose Kapitulation“ Deutschlands geben sollte, wie die Regierungen in Moskau, London und Washington sie vereinbart hatten. SS und OSS (mit dem späteren CIA-Direktor Allen W. Dulles an der Spitze) suchten nach Wegen zu einem Separatfrieden; auch Churchill und Montgomery spielten mit dem Gedanken, die SS und Wehrmacht nicht zu entwaffnen, sondern für einen möglichen Osteinsatz bereit zu halten. Doch dieser Einsatz musste warten. Der 8. Mai 1945 wurde zum gemeinsamen Siegesdatum der Antihitlerkoalition.

Es gab dann nicht nur die Konferenz von Potsdam mit antimilitaristischen und antifaschistischen Gemeinsamkeiten der Alliierten, sondern bald auch Pläne des Westens vor und nach dem 8. Mai 1945, die gegen die Sowjetunion gerichtet waren, die eine Nato vorsahen – und eben auch gemeinsame Vereinigungen wie die Atlantik-Brücke.

Schon 1947 schrieb Bert Brecht seinen Anachronistischen Zug unter dem Motto „Freedom and Democracy“ und warnt vor der Wiederkehr der Nazis, ja vor ihrem Fortwirken:

*Knochenhand am Peitschenknäuf / Fährt die Unterdrückung auf. / In 'nem Panzerkarr'n fährt sie / Dem Geschenk der Industrie. ...
Alt wie das Gebirge, doch / Unternehmend immer noch / Fährt die Dummheit mit im Zug / Läßt kein Auge vom Betrug. ...
Zittrig noch vom gestrigen Schock / Fährt der Raub dann auf im Rock / Eines Junkers Feldmarschall / Auf dem Schoß einen Erdball.
Aber alle diese Großen / Eingesessnen, Gnadenlosen / Alle nun verlangen sie / Freiheit und Democracy.*

Liebe Genossinnen und Genossen!

Für die Rettung der Macht der Finanzindustrie wurden und werden auch heute alle Hebel in Bewegung gesetzt, nicht aber für ihr Mitwirken an der Schadensbegrenzung in den Krisen. Das erinnert an die Krisenregelungen zu Zeiten der Finanzkrise ab 1929 und den Panzerkreuzerbau von 1931. Sie verschärften die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche. Sie führten dazu, dass die reaktionärsten Kräfte des Kapitals immer mehr den Ausweg im Faschismus und im Krieg suchten. Auch heute werden wir Zeuge davon, wie national und international die Demokratie abnimmt, wie die Banken entlastet und die Massen belastet werden.

Das wirkt sich auch aus auf die antifaschistische Erinnerungsarbeit. Sie darf, so meine ich, weder die Geschichte der sog. „Krisenbewältigungspolitik“ um 1933 aus dem Blick verlieren, noch die verfehlte Krisenbewältigungspolitik von heute. Von Fragen der „politischen Ökonomie“ der Erinnerungsarbeit handeln unsere Veröffentlichungen zum Projekt „Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945“ an Rhein und Ruhr. Wir wollen nicht nur der Opfer gedenken – z.B. mit Stolpersteinen -, sondern auch vor den Tätern warnen, d.h. auch vor denen aus der Wirtschaft.

Der US-amerikanische Hauptankläger Brigadegeneral Telford Taylor sagte am 27. August 1947 in Nürnberg: „Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie und der Nazi-Partei hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können, und das Dritte Reich hätte nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen.“ Der entscheidende Anteil der deutschen Industrie am Aufkommen des Faschismus an der Macht - dies vor allem mit dem Ziel der militärischen Überwindung der Folgen des Ersten Weltkrieges - war nach 1945 zunächst durchaus bekannt. Später blieb diese Erkenntnis weitgehend unbeachtet, sie wurde gar bewusst verdrängt. Das geht heute soweit, die prägende Rolle des großen Kapitals in Vergangenheit und Gegenwart überhaupt zu leugnen.

Die in Deutschland heute praktizierte Demokratie sichert jedoch die Herrschaft der Reichen und Mächtigen, auch wenn diese nicht die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Das große Geld entscheidet. Dies wurde in einem Regierungsdokument amtlich bestätigt: *„Die Wahrscheinlichkeit für eine Politikveränderung ist wesentlich höher, wenn diese Politikveränderung von einer großen Anzahl von Menschen mit höherem Einkommen unterstützt wird.“* Dass ein Landesministerpräsident sich bei großen Konzernen Zustimmung zu einer Regierungserklärung einholt, löste im letzten Sommer Überraschung aus, sollte aber nicht verwundern. Cem Özdemir, damals Grüner Parteivorsitzender, sagte: „Wenn Ministerpräsident Weil eine Regierungserklärung von Volkswagen abnicken lässt, ist das Fundament unserer Marktwirtschaft bedroht.“ Richtig müsste es statt „bedroht“ heißen: „bestätigt“. Bert Brecht sagte in solchen Situationen, der Gegenstand der Betrachtung habe sich bis zu seiner Kenntlichkeit verändert.

Wie in der Innen- so auch in der Außenpolitik: „Selbst größte Zyniker dürften sprachlos vor der Tatsache stehen, dass als erste konkrete Ergebnisse des neuen deutsch-französischen Elans der Bau eines Kampfjets und der Verzicht auf eine Besteuerung der Finanzindustrie herausgekommen sind.“ (So die Süddeutsche) Die erstaunte Zeitung ist ihrer rüstungs-

freundlichen Tradition zufolge nicht gegen den Bau eines neuen Kampfjets und für die Schonung der Finanzindustrie, hat aber Bedenken, dass man es so offen sagt. Die Finanztransaktionssteuer sollte endgültig von der Agenda verschwinden ist, wird schon lange gefordert, nun von Seiten der deutschen und französischen Regierung abgeschafft. Dies obwohl diese Steuer, mit der die Börsenkunden und die Banken zur Erstattung der von ihnen verursachten Schäden herangezogen werden könnte, dies verhindern sollte, dass Banken in Finanzkrisen zulasten der Allgemeinheit geschont werden.

So ähnlich wie Angela Merkel und Emmanuel Macron hat es Donald Trump gemacht: Die Schuldigen an der großen, bisher nicht überwundenen Finanzkrise von 2007 werden freigesprochen. Ja, Goldman-Sachs und andere Wallstreet-Vertreter werden ins Weiße Haus geholt. Und den Opfern werden zweifelhafte Arbeitsplatzangebote gemacht – z.B. in der Rüstungsindustrie. Karl Marx fragte zum „Krisenparcours“: „Can it happen again?‘ Kann es wieder geschehen?“ Es kann. Und es kann erneut geschehen, dass eine Weltwirtschaftskrise mit die Grundlage für das Aufkommen faschistischer Herrschaft wird.

Die USA verkaufen für 100 Milliarden Dollar Waffen an Saudi-Arabien. Und nun der neue deutsch-französische Kampfjet. Zudem die Versicherung der Verteidigungsministerin, an der exorbitanten Zwei-Prozent-Plus-Schraube, für die Rüstung - bezogen auf das Brutto-Inland-Produkt – festzuhalten.

Die Widersprüche verschärfen sich heute erneut und das kann dazu führen, dass die reaktionärsten Kräfte des Kapitals immer mehr den Ausweg im Faschismus und im Krieg suchten. Auch heute nimmt national und international die Demokratie ab, werden die Banken entlastet und die Massen belastet. Doch davon ist keine Rede in der staatlich geförderten politischen Bildung. Es wird sogar alles unternommen, damit diese Themen tabuiert werden.

Lehren für die aktuelle antifaschistische Arbeit

Es muss daran erinnert werden, wohin es führen kann, wenn jegliche Wirtschaftsdemokratie unter Einbeziehung der Produzenten fehlt, wenn sich das Finanz- und Rüstungskapital mit den reaktionärsten Politikern verbündet. Dass sich gegenwärtig die großen Medien und die Reuls und Co. darin überschlagen, zu betonen, dass man viel zu lange gegen rechts gegangen sei, wo doch der linke Extremismus der Hauptfeind sei, das muss uns alarmieren.

Deshalb führt die VVN-BdA ihre Kampagne gegen die Verbrecher aus der Wirtschaft fort wie auch die Schaffung breiter Bündnisse gegen Rechts. Es ist zu hoffen, dass unsere Partei dabei nicht abseits steht.

Was ist zu tun im Kampf gegen die Rechtsentwicklung und gegen den Militarismus? Es sei die Position der Kommunistischen Plattform (KPF in der LINKEN) bekräftigt: *„Sie vertritt einen strikt antikapitalistischen Antifaschismus und setzt sich zugleich für breite Anti-Nazi-Bündnisse ein.“* Zugleich aber auch die Position der DKP: Die Bewegung „Abrüstung statt Aufrüstung“ zum Erfolg führen. Das heißt vor allem, die Ostermärsche wie die Unterschriftensammlung zum Erfolg zu führen und in Wahlkämpfen die AfD zu isolieren und zurückzudrängen.

Noch ein Wort zur Friedensbewegung. Sie schwächelt. Warum kann sie nicht an ihre frühere Größe und Breite anknüpfen? Ein Grund ist sicher die Gewöhnung an immer mehr Kriege. Ein anderer ist die Dominanz der Kriegspropagandisten in fast allen Medien. Ein dritter, meist übersehener: Bis vor eineinhalb Jahrzehnten waren Friedensbewegung und antifaschistische Bewegung unter der Losung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ vereint. Das hat sich geändert. Die beiden Bewegungen gingen auseinander, als 1999 Fischer und Scharping „Nie wieder Auschwitz!“ proklamierten, um Kriege zu rechtfertigen. Dagegen

wandten sich Antifaschisten wie Peter Gingold und Kurt Goldstein mit der Aufsehen erregenden Erklärung „Gegen die neue Art der Auschwitzlüge“. Zahlreiche Holocaust-Überlebende unterzeichneten sie und protestierten damit gegen den Krieg der NATO – auch Deutschlands – gegen Restjugoslawien. Doch viele gutmeinende Grüne und Sozialdemokraten fielen auf die Propaganda herein. Sie befürworteten nun den Krieg gegen den „neuen Hitler“ und kamen sich dabei irgendwie antifaschistisch vor. Dass nach Milošević auch Gaddafi und Saddam zu Hitler-Nachfolgern erklärt und jeweils als das Böse an sich dargestellt wurden, leuchtete zwar weniger ein, doch auch die Aufdeckung vieler Kriegslügen reichte nicht aus, um die Einheit der Bewegungen wieder zustande zu bringen.

In den Städten ruft man heute „Bunt statt braun!“ Hinzuzufügen wäre „... und olivgrün“, was man aber bisher noch zu selten hört. Der Antifaschismus ist heute die größte demokratische Bewegung, verstärkt durch die „Willkommenskultur“ zahlreicher antirassistischer Gruppen. Doch der zivilgesellschaftliche, auch bürgerliche Antifaschismus ist nicht bundesweit wirksam.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten versteht sich seit ihrer Gründung vor fast 70 Jahren sowohl als antifaschistisch wie auch als antimilitaristisch. Sie strebt die Wiederherstellung der einheitlichen Bewegung des „Nie wieder!“ an. Größe und Kraft wird die Friedensbewegung nicht durch Abkehr vom Antifaschismus wiedererringen. Wichtig sind Bündnispartner zum Beispiel die Gewerkschaften.

Gegenüber den furchterregenden Bewegungen der Rassisten auf den Straßen und Plätzen und auf dem Weg in die Parlamente, noch dazu mit europaweiter Begleitmusik, ist ein Aufschwung der antifaschistischen und Friedensbewegung ebenso dringend nötig wie gegenüber den sich überschlagenden Kriegsvorbereitungen.

Wer von der Beseitigung der Fluchtursachen spricht und dabei nicht auf den Krieg als zentrale Fluchtursache hinweist, dem muss entsprechend geantwortet werden. Erich Kästner war Ostermarschierer der ersten Stunde. Von ihm stammt der Satz: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Zum Beispiel bei den bevorstehenden Ostermärschen.

Als Schlußwort möchte ich aus einem Leserbrief zitieren, der auf einen Warner vor breiten Bündnissen antwortete. Dieser warnte vor der „fehlenden Orientierung“ des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“ und glaubte, sich auf Peter Gingold stützen zu können. Seine Töchter Alice und Silvia antworteten: „So möchten wir unseren Vater nicht verstanden wissen. Wir sind sicher, würde er noch leben, er wäre zusammen mit Menschen unterschiedlicher politischer Orientierung mitten in diesem Bündnis und würde dort eindringlich das Zusammenstehen aller gegen Rassismus anmahnen. Natürlich würde er die Ursachen von Rassismus und Faschismus benennen, aber antimonopolistische Positionen als Voraussetzung und Bedingung für eine gemeinsame Bewegung zu machen wäre nie in seinem Sinn gewesen.“

Als sich Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten in den KZs zusammengefunden hatten, war es zu spät.

Aufgrund dieser Erfahrung appellierte Peter Gingold mit Nachdruck: „1933 wäre verhindert worden, wenn alle Hitlergegner die Einheitsfront geschaffen hätten. Dass sie nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner nur eine einzige Entschuldigung. Sie hatten keine Erfahrung, was Faschismus bedeutet, wenn er einmal an der Macht ist. Aber heute haben wir alle diese Erfahrung. Für alle zukünftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern.“ Viele Genossinnen und Genossen haben sich gerade in diesen Tagen an eindrucksvollen Demonstrationen des antifaschistischen Bündnisses „Wir sind mehr“ zusammen mit Kirchenvertretern, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, und linken Organisationen engagiert. Trotz unterschiedlicher politischer Zugänge der vielen Gruppierungen haben sie gemeinsam machtvolle Zeichen gegen den menschenverachtenden und Ausländer ausgrenzenden Rassismus rechter Kräfte gesetzt. Dies als

„moralische Geste“ und als „Gut gegen Böse“ abzutun empfinden wir als Abwertung der so wichtigen breiten Bündnisse, aus denen sich weitergehendes politisches Engagement entwickeln kann.

Nachbemerkung aus:

Francis Wurtz: Sahara Wagenknecht spielt mit dem Feuer!
25. September 2018

Francis Wurtz, Politiker der Französischen Kommunistischen Partei PCF, hat in einem Kommentar auf seinem Blog seine Bedenken gegenüber der Position von Sahara Wagenknecht zu Migranten zum Ausdruck gebracht und ihre Position kritisiert:

Mit den Milliarden, die die Kanzlerin seit 2015 zur Aufnahme von Migranten ausgegeben hat "hätte wesentlich mehr Bedürftigen in Deutschland geholfen werden können"; "mehr Wirtschaftsmigranten bedeuten mehr Wettbewerb um Arbeitsplätze in den Niedriglohnssektoren"; Deutschland hat nicht "genügend Mittel für seine ärmsten Bürger, seine Sozialwohnungen oder überfüllten Schulen". ... Viele von uns haben sich in diesem Sommer die Augen gerieben, wenn sie in der Presse diese Zitate einer der führenden Persönlichkeiten der Partei DIE LINKE gelesen haben, die deren Gruppe im Bundestag mitführt: Sahara Wagenknecht!

Uns wird gesagt: Es gibt Schlimmeres! Von Salvini, von der extremen Rechten, der sich weigert, von Rettungsbooten auf hoher See gerettete Flüchtlinge an Land zu lassen, über den deutschen Innenminister, ganz rechts außen, der sein "Verständnis" für das Chemnitzer Pogrom gegen Ausländer zum Ausdruck bringt, bis hin zum Präsidenten der Tschechischen Republik, Milos Zeman, einem Sozialdemokraten, für den "der Feind diese Anti-Zivilisation ist, die von Nordafrika bis Indonesien reicht"! Sahara Wagenknecht sagt, sie stimmt mit ihrer Partei in der Anerkennung des Asylrechts oder der Familienzusammenführung überein; sie befürwortet keine Massenausweisungen und verurteilt nicht den Islam.

Aber wir erwarten viel mehr von einer sehr bekannten Führungspersönlichkeit der einzigen authentischen linken Partei in einem Land wie Deutschland! Denn in der Realität zerbricht sie einen der letzten Schutzdämme, die die Bezugspunkte und humanistischen Werte der "Klasse" in einer Gesellschaft schützt, die ernsthaft von einer beginnenden Rückkehr ihrer alten Dämonen bedroht ist.

Niemand würde ihr vorwerfen - ganz im Gegenteil -, wenn sie eine sachliche Debatte eröffnet hätte, über die Migration in der heutigen Welt und die notwendige Suche nach humanen und nachhaltigen Lösungen für die dramatischen Probleme, die eine kurzfristige Herangehensweise an dieses nachhaltige Phänomen mit sich bringt, sowohl in den Herkunftsländern als auch in den Aufnahmeländern und vor allem für die Flüchtlinge selbst.

Aber wie kann eine Frau der Linken die Idee vertreten, dass die führende Macht der Europäischen Union, die jährlich 250 Milliarden Euro Handelsüberschüsse anhäuft, wegen der Migranten nicht die "ausreichenden Mittel" habe, um ihre öffentlichen Dienste zu finanzieren und ihren "bedürftigsten Bürgern" zu helfen! Auf diese Weise - im Widerspruch zu den gerechten Kämpfen, die sie mit ihrer Partei führt - dazu beizutragen, die sehr berechnete Empörung der Millionen von Menschen, die durch das Schröder-Merkel-Modell an den Rand gedrängt wurden, auf die Migranten zu lenken, ist das Letzte, was man von einer linken Aktivistin wie Sahara Wagenknecht erwarten kann.

Wie können wir also die Motive einer intelligenten, talentierten und einer vor allem in den Kämpfen ihrer Partei sehr engagierten Führungspersönlichkeit für diese Strategie verstehen - die auf dem Kongress DIE LINKE im Juni 2018 getestet wurde und unter den Buhrufen der überwiegenden Mehrheit der Delegierten unterlag? Sie hat es gerade selbst erklärt: "Diese Bewegung muss Druck auf die bestehenden Parteien ausüben, damit unsere Politik von einer Mehrheit unterstützt wird. Der Wandel der "Parti de Gauche" in "France Insoumise" ist in gewisser Weise unser Vorbild (...) FI schafft es, eine Wählerschaft zu erreichen, die wesentlich größer ist als unsere. Wir wollen das Gleiche tun."

Nein Sahara: Der Zweck rechtfertigt nicht die Mittel. Du spielst mit dem Feuer!

zur Person:

Francis Wurtz ist Politiker der Französischen Kommunistischen Partei PCF. Er gehörte seit der ersten Direktwahl 1979 dem Europäischen Parlament an und war von 1999 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Europäischen Parlament 2009 Vorsitzender der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)